



---

## **„Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe“ – Fachtagung am 15. Dezember 2015 in Mainz**

Die fachlichen Anforderungen hinsichtlich der Unterbringung und Versorgung junger Flüchtlinge stellen für die Kinder- und Jugendhilfe große Herausforderungen dar. Gleichzeitig sind zum 1.11.2015 neue gesetzliche Regelungen zur Einführung einer bundesweiten Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (umF) in Kraft getreten.

Auf der Fachtagung „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe“ vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism), dem Landesjugendamt Rheinland-Pfalz und dem Landesministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz, die am 15. Dezember 2015 in Mainz stattfindet, sollen die diesbezüglichen Erfahrungen in Rheinland-Pfalz diskutiert werden und zum Austausch und der gemeinsamen Gestaltung von Entwicklungsperspektiven dienen. Auch werden die Ergebnisse des Bundesmodellprojekts „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe“ des ism in Kooperation mit der IGfH, dem Bundesverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (B-UMF) und der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe vorgestellt.

[Hier](#) finden Sie weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung.

\*\*\*\*\*

## **„Junge Volljährige suchen (Aus)Wege! Von Prachtstraßen, Sackgassen und Wendepunkten“ – Fachtagung am 15. Januar 2016 in Hamburg**

Die Situation von jungen Volljährigen und Jugendlichen zum Ende der Jugendhilfe ist das Thema der Fachtagung „Junge Volljährige suchen (Aus)Wege! Von Prachtstraßen, Sackgassen und Wendepunkten“, die am 15. Januar 2016 in Hamburg stattfindet und vom AFET und sme-Jugendhilfezentrum (stadtteilbezogene milieunahe Erziehungshilfen e.V.) veranstaltet wird. Mit Bezugnahme auf die Debatten des 14. Kinder- und Jugendberichts werden Antworten auf ausgewählte Fragestellungen zu dem Themenkomplex gesucht.

Diskutiert werden soll unter anderem, wie sich die Situation von jungen Volljährigen in der Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere in der Erziehungshilfepraxis ausgestaltet, welcher pädagogische, fachliche und politische Nachhol- oder Handlungsbedarf in der Erziehungshilfe besteht, welche Verselbständigungskonzepte praxisnah zu realisieren sind, welche neuen Konzepte benötigt werden und welche Rolle dabei die öffentlichen Träger haben.

Neben theoretischen Inputs und Vorträgen werden in Fachforen zu den Themen Verselbständigungskonzepte, Junge Flüchtlinge, Eingliederungshilfe, psychische Erkrankungen und berufliche Übergänge bestehende Erfahrungen und Konzepte vorgestellt und diskutiert.

[Hier](#) finden Sie das vollständige Programm und Hinweise zur Anmeldung.

Ausführliche Informationen zu den genannten Themenbereichen finden Sie auch unter [www.igfh.de](http://www.igfh.de).

\*\*\*\*\*

## **Fachtagung „Inklusives Schulsystem – zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ vom 21.-22.01.2016 in Berlin**

Eine der zentralen Herausforderungen des aktuellen Bildungssystems in Deutschland ist die Umsetzung von Inklusion. Um den Systemwechsel bundeseinheitlich (weiter)entwickeln zu können, sind klare Strukturen und Konzepte erforderlich sowie definierte Bedingungen, unter denen dieser Prozess stattfinden soll. Momentan ist beispielsweise unklar, ob das Jugendamt, das Sozialamt oder die Schulbehörde für die Erfüllung des Anspruchs auf Schulbegleitung zur schulischen Eingliederung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung zuständig ist.

Ziel der Fachtagung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge „Inklusives Schulsystem – zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ ist es zum einen, zur Klärung der unterschiedlichen Zuständigkeiten beizutragen. Zum anderen sollen die uneinheitlichen Standards hinsichtlich der Qualitätsanforderungen an inklusiv arbeitende Fachkräfte sowie hinsichtlich der Kooperationsformen im Unterricht und zwischen Schule und anderen Akteuren im Bildungsbereich diskutiert werden.

Die Tagung richtet sich an politische Verantwortliche, Schulträger, Bildungsakteure, Lehr- und Fachkräfte sowie Expert\_innen der Kinder- und Jugendhilfe, der Sozialhilfe und aus Wissenschaft und Verbänden.

Weitere Informationen zu der Veranstaltung sind [online abrufbar](#). Anmeldeschluss ist der 7. Dezember 2015.

\*\*\*\*\*

## **Betroffenenrat beim Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs fordert verlässliche Hilfsstrukturen für Opfer von sexualisierter Gewalt**

Der Betroffenenrat als Gremium beim Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) hat seine Forderungen an die zuständigen Ministerinnen Andrea Nahles und Manuela Schwesig erneuert, klare und verlässliche Hilfsstrukturen für Opfer von sexualisierter Gewalt bereitzustellen. Die Reform des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) dürfe nicht weiter verzögert werden, gleichzeitig dürften die sogenannten ergänzenden Hilfesysteme (EHS) für Betroffene in der Familie und in Institutionen nicht im Sommer 2016 auslaufen, sondern erst dann, wenn das Opferentschädigungsgesetz reformiert wurde, so der Betroffenenrat in einem gemeinsamen Schreiben mit dem Beirat beim UBSKM an die beiden Ministerinnen. - Dies entspreche auch den Intentionen des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ vom November 2011.

Gleichzeitig kritisiert der Betroffenenrat die lange Bearbeitungsdauer bei Anträgen auf Hilfe aus dem sogenannten ergänzenden Hilfesystem (EHS), die beispielsweise dazu führe, dass begonnene Therapien nicht fortgesetzt werden können, und fordert die zuständige Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig auf, die Möglichkeit von Eilanträgen und von standardisierten Verfahren zu prüfen.

Bei der im Koalitionsvertrag zugesagten Reform des Opferentschädigungsgesetzes (OEG), die durch Bundessozialministerin Andrea Nahles weiterhin auf sich warten lasse, müsse besonderes Augenmerk auf den Anforderungen bezüglich Beweisbarkeit und Kausalität der gesundheitlichen Folgen des Missbrauchs liegen: Bei typischen psychischen und physischen Gesundheitsschäden müsse viel stärker als bisher von einer Plausibilität in Verbindung zur Tat ausgegangen werden. Da Kenntnisse über das soziale Entschädigungsrecht Spezialwis-

sen erfordern, setzt sich der Betroffenenrat außerdem eine kostenfreie anwaltliche Rechtsberatung für Opfer bereits vor der Antragstellung ein.

Der Betroffenenrat hat in seinen Schreiben an die Ministerinnen Nahles und Schwesig seine Expertise und Zusammenarbeit für politische Lösungen angeboten und eine klare Vernetzung der beiden zuständigen Ministerien bei der Abstimmung der Hilfeleistungen gefordert. In der entsprechenden [Pressemitteilung](#) finden Sie weitere Informationen.

\*\*\*\*\*

### **Monitoring-Stelle zur UN-Kinderrechtskonvention im Deutschen Institut für Menschenrechte eröffnet**

Die UN-Kinderrechtskonvention soll allen Kindern Schutz-, Förderungs- und Beteiligungsrechte garantieren. Seit 1992 hat der Kinderrechtsausschuss der Vereinten Nationen das Fehlen einer zentralen Monitoring-Stelle zur UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland mehrfach kritisiert und zuletzt im Februar 2014 empfohlen, eine solche Stelle in Deutschland zu schaffen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat nun das Deutsche Institut für Menschenrechte damit beauftragt, die Umsetzung der Konvention zu untersuchen und zu überwachen. Dafür hat das Institut die Monitoring-Stelle zur UN-Kinderrechtskonvention eingerichtet, die am 18. November 2015, dem ersten „Europäischen Tag zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch“, eröffnet wurde.

Die Monitoring-Stelle werde auf Grundlage der Konvention unabhängige Empfehlungen hinsichtlich der besseren Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland aussprechen und eruiieren, wo Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der Kinderrechte bestehen, so Claudia Kittel, Leiterin der neuen Monitoring-Stelle. Dabei sei es wichtig, direkt mit Kindern und Jugendlichen zusammenzuarbeiten und gemeinsam Lösungsvorschläge zu entwickeln.

In ihrer Aufbauphase bis Juni 2017 soll die Monitoring-Stelle

- den Umsetzungsstand der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland untersuchen und - wo nötig - geeignete Methoden zur Informationsgewinnung entwickeln,
- Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Kinderrechte identifizieren (auf der Grundlage gezielter Analysen der Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen),
- einen Beitrag dazu leisten, dass Kinderrechte in Deutschland bei Kindern und den für sie zuständigen Stellen bekannter werden und angewendet werden,
- Kriterien zur Bewertung der Umsetzung der Kinderrechte entwickeln, um künftig politische Maßnahmen (inkl. der Anwendung von Gesetzen) aus kinderrechtlicher Perspektive zu beurteilen,
- Gesetzgebung und Politik bei politischen Entscheidungsprozessen beraten und Überzeugungsarbeit leisten durch Beteiligung an politischen Diskussionen und am fachwissenschaftlichen Diskurs.

Weitere Informationen finden Sie auf der [Website der Monitoring-Stelle](#) sowie in der entsprechenden [Pressemitteilung des BMFSFJ](#).

\*\*\*\*\*

## **Diskussionspapier der AGJ: Kinderarmut und Familienpolitik in Deutschland – eine fachpolitische Einordnung**

Jedes sechste Kind in Deutschland wächst laut aktueller Studien in Armut auf, wobei für mehr als die Hälfte der Kinder Armut keine Episode darstellt, sondern einen Normal- oder Dauerzustand. Kinder aus Haushalten von Alleinerziehenden, Mehrkindfamilien oder Familien mit Migrationshintergrund sind laut amtlicher Statistik häufiger von Armut betroffen. In dem online abrufbaren [Diskussionspapier](#) „Kinderarmut und Familienpolitik in Deutschland – eine fachpolitische Einordnung“ der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)“ wird das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen und deren Familien in Deutschland kritisch beleuchtet.

Armut von Kindern manifestiere sich vor allem als Verhinderung von Teilhabe und Chancengerechtigkeit, was oft mit negativen Folgen für die Entwicklung und Gesundheit einhergehe, so die Autor\_innen. Mit Bezugnahme auf den sogenannten Lebenslagenansatz, mit dem (Kinder-)Armut in verschiedenen Dimensionen erfasst und abgebildet werden kann (Bildung, Integration/Kompetenzen, Gesundheitszustand/körperliche Entwicklung), werde Armut als Mangel an fundamentalen Verwirklichungschancen begriffen. Um Verwirklichungschancen zu schaffen, sei das Einkommen ein wesentliches, aber nicht das einzige Instrument. Vielmehr müsse die Beziehung zwischen niedrigem Einkommen und geringen Verwirklichungschancen betrachtet werden; diese sei variabel und abhängig vom gesellschaftlichen und individuellen Kontext der betroffenen Personen, so die Autor\_innen.

Vor diesem Hintergrund werden in dem Papier bestehende familienunterstützende Leistungen in den Bereichen monetäre Förderungen, Bildung und Infrastrukturangebote, Sozialraum und Wohnen, Gesundheit und Sicherheit, Umwelt- und Freizeitbedingungen sowie subjektives Wohlbefinden und Resilienz daraufhin beleuchtet, inwieweit sie einen Beitrag dazu leisten, Armut von Kindern und ihren Familien zu verhindern, und jeweils fachpolitische Empfehlungen abgeleitet. Um Armut von Kindern und Jugendlichen in allen Dimensionen zu erfassen, wirksam zu bekämpfen und Verwirklichungschancen zu bieten, braucht es nach Ansicht der AGJ eine familienpolitische Gesamtstrategie, die als Querschnittsaufgabe konzipiert sei und alle gesellschaftlichen Akteure und Ebenen einbeziehe.

\*\*\*\*\*

### **Online-Chronik: Flüchtlingsfeindliche Vorfälle im Jahr 2015**

Eine laufende Dokumentation von Übergriffen und Demonstrationen gegenüber Flüchtlingen bzw. Flüchtlingsunterkünften des laufenden Jahres findet sich in einer gemeinsamen Online-Chronik der Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl. Die Übergriffe sind chronologisch aufgelistet und auf einer Deutschland-Karte visualisiert. Für das Jahr 2015 sind mit Stand vom 23. November 459 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte verzeichnet, davon 101 Brandanschläge und 358 sonstige Angriffe wie Stein- oder Böllerwürfe, Schüsse oder rechte Schmierereien, außerdem 122 tätliche Übergriffe, 218 Körperverletzte und 269 flüchtlingsfeindliche Kundgebungen/Demonstrationen. Die Chronik bezieht sich dabei ausschließlich auf Angriffe gegenüber Asylsuchenden; rassistisch motivierte Angriffe gegenüber Personen mit anderem Status sind nicht erfasst. Die Datengrundlage der Chronik besteht aus öffentlich zugänglichen Berichten in Zeitungen, Recherchen in sozialen Netzwerken und Meldungen von Register- und Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie von lokalen Initiativen.

Das Bundeskriminalamt (BKA) bestätigt die steigende Anzahl an Angriffen auf Asylunterkünfte und geht für die ersten drei Quartale des Jahres 2015 von 461 Taten mit rechtem Hintergrund aus. Damit habe sich die Zahl der Delikte gegenüber 2014 mehr als verdoppelt. Laut Informationen des BKA seien 228 der tatverdächtigen Personen namentlich bekannt, 167 stammten aus der Nachbarschaft der jeweiligen Flüchtlingsunterkunft, ein Drittel der Tatverdächtigen sei bereits dem Staatsschutz aufgefallen, etwa wegen Volksverhetzung. Diese Ergebnisse einer internen Lagebewertung Ende Oktober teilte die Behörde der Süddeutschen Zeitung, WDR und NDR mit.

\*\*\*\*\*

### **Theaterprojekt „23 Pflegekinder rauben Dir den Schlaf! Das Ensemble steht dem Titel kritisch gegenüber“ mit Berliner Pflegekindern – Dokumentation veröffentlicht**

Das Theaterprojekt „23 Pflegekinder rauben Dir den Schlaf! Das Ensemble steht dem Titel kritisch gegenüber“, welches auf die Idee der Juristin Diana Eschelbach hin von der Familien für Kinder gGmbH in Kooperation mit der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz organisiert wurde, ist äußerst erfolgreich abgeschlossen worden.

Im Rahmen des Projektes hatten sich 23 Pflegekinder aus Berlin im Alter von 8 bis 18 Jahren zusammen mit verschiedenen Künstler\_innen fünf Monate lang mit dem Thema „Familie“ auseinandergesetzt. In diesem Zuge wurden beispielsweise Interviews mit Passant\_innen und besonderen „Familienmenschen“ sowie Diskussionen zwischen den Kindern und Jugendlichen und den Künstler\_innen geführt. Davon ausgehend hat das Ensemble das o.g. Theaterstück entwickelt; die Aufführungen fanden von Mai bis Juli 2015 an der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz statt. Die Kinder und Jugendlichen konnten sich auf diese Weise mit ihren eigenen Erfahrungen, Visionen, Ängsten und Hoffnungen auseinandersetzen, gleichzeitig stärkte das Projekt ihr Selbstbewusstsein und wirkte identitätsstiftend, so die Organisator\_innen. [Hier](#) finden Sie weitere Informationen zu dem Projekt.

Das Projekt wurde durchgehend filmisch begleitet. Hieraus sind eine Broschüre und eine Filmdokumentation entstanden, die nun veröffentlicht wurden. Beides ist [online abrufbar](#). Die Broschüre mit einer DVD mit der Filmdokumentation und einem Theatermitschnitt kann außerdem gegen einen frankierten Rückumschlag bei Familien für Kinder bezogen werden. [Hier](#) finden Sie die entsprechenden Kontaktdaten.

\*\*\*\*\*